

+++ *Pressemeldung* +++



Besteuerung von Biokraftstoffen: Vertrauensbruch als Zermürbungstaktik?

Die derzeit etwa 1500 dezentralen Ölmühlen in Deutschland haben aufgrund der positiven Aufbruchstimmung in der Biokraftstoffbranche in den letzten beiden Jahren vor der drohenden Steuer eine Milliarde Euro in ihren Kapazitätsauf- und Ausbau investiert; in der Summe aller Investitionen mittelständischer Betriebe in die Produktion von Pflanzenölkraftstoff und Biodiesel liegen diese bei etwa vier Milliarden Euro. Dieser Ausbau der Branche wurde zur damaligen Zeit von Politikern jeder Couleur begrüßt; die Förderung wurde nicht zuletzt aufgrund der Verpflichtung zur Umsetzung der EU-Gesetzgebung in Aussicht gestellt. Doch das Vertrauen der Ölmüller im ländlichen Raum wurde durch das seit dem 1. August 2006 in kraft getretene Energiesteuergesetz und das seit 1.1.2007 geltende Biokraftstoffquotengesetz gebrochen. Die neuen Energiesteuergesetze sehen die stufenweise Steigerung der Besteuerung von Pflanzenöl und Biodiesel bis zum Jahr 2012 auf bis zu 45 Cent/l vor. Und das, obwohl im Mineralölsteuergesetz von 2004 eine faire Besteuerung mit langfristiger wirtschaftlicher Besserstellung bis 2009 und darüber hinaus festgeschrieben wurde. Zwei Jahre später, im Jahr 2006, hat die Bundesregierung bereits ihr Gesetz von 2004 gebrochen. Eine im neuen Energiesteuergesetz erwähnte mögliche Überkompensation wurde nie in ordnungsgemäßer Weise festgestellt.

Regional handeln – global denken

Abgesehen von Fragen des einzelbetrieblichen und Branchenschicksals oder der Unter-/ Überkompensation bzw. der in Aussicht gestellten Förderung der Biokraftstoffe gilt es, die Biokraftstofffrage in einen globaleren und längerfristigen Zusammenhang zu betrachten und zu bewerten: Die ökologische Vorteilhaftigkeit, die Versorgungssicherheit im eigenen Lande und die Steigerung der regionalen Wertschöpfung sind nur einige wenige abstrakte Begriffe, die die positiven Eigenschaften von Pflanzenölkraftstoff umschreiben, von der CO₂- Neutralität ganz zu schweigen. Gerade angesichts der vehement geführten Diskussion um die Klimakatastrophe fragt man sich,

BDOel e. V.
Hofgut Harschberg
D-66606 St. Wendel
Tel. (06851) 802 48 82
Fax (06851) 802 99 72
info@bdoel.de

Pressekontakt
Kommunikationsagentur PB
Schulstraße 13
D-76857 Eußerthal
Tel. (06345) 95 33 77
Fax (06345) 95 33 79
petra.becker@bdoel.de

www.bdoel.de

warum Produktion und Einsatz von Pflanzenölkraftstoff und Biodiesel durch die Besteuerung dermaßen geknebelt werden, dass ein Einsparungspotential von 12 Mio. t CO₂ ungenutzt bleiben wird. Die EU-Kommission hat am 10.01.2007 weit reichende Vorschläge zur Förderung von Biokraftstoffen gemacht. Kern dieser Vorschläge ist die Festlegung eines bis zum Jahr 2020 zu erreichenden verbindlichen Mindestzieles von 10 % (cal.) Anteil am Kraftstoffmarkt. Wie soll dieses Ziel national bei einer „Würgesteuergesetzgebung“ erreicht werden?

Wissenschaftliche Ergebnisse als Vorwand für Kampagnenjournalismus

Auch die Medien haben sich, wie es scheint, gegen Biokraftstoffe „verschworen“, und es werden in redaktionell dilettantisch aufgearbeiteter Weise selbst in den öffentlich-rechtlichen Sendern nicht nur Informationen in Magazinsendungen bewusst lückenhaft oder gar falsch transportiert, sondern auch der gute Ruf von Wissenschaftlern ruiniert, die sich arglos als Informanten zur Verfügung gestellt haben. Die bisher veröffentlichten Forschungsergebnisse entstammen Messungen an nicht pflanzenölangepassten Motoren oder aus der Verbrennung von Öl mit Additiven. Die meisten der bisherigen Versuchskonstellationen bieten keine schlüssigen Ansätze dahingehend, wie möglicherweise schädliche Emissionen aus Pflanzenölkraftstoffen minimiert werden können. Derartige vorschnelle Veröffentlichungen in den Medien sind grundsätzlich nicht geeignet dazu, das subtile und in weiten Teilen noch unbekanntes Zusammenspiel von Motorenbeschaffenheit, Pflanzenölqualität und sonstigen Umwelteinflüssen abzubilden.

Es bleibt daher abzuwarten, welche Ergebnisse die von der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe initiierten flächendeckenden Emissionsmessungen in den nächsten zwei Jahren zeigen werden. Parallel dazu wird der Bundesverband Dezentraler Ölmühlen e.V. die bundesweite Einführung einer Qualitätssicherung für Pflanzenölkraftstoffe koordinieren. Dies und die Tatsache, dass führende Schlepperhersteller mit Hochdruck an der Marktreife ihrer Pflanzenölmotoren arbeiten und erste Schlepper sich bereits in der Felderprobung befinden, zeigt, wie viel Potential die Branche gerade in Pflanzenölkraftstoff sieht und dass technische Probleme durch konstruktive Forschung überwunden können.

Das Aus für die bäuerliche und mittelständische Ölerzeugung

Nicht nur das Vertrauen der Landwirte und Ölmüller im ländlichen Raum wurde durch die neuen Energiesteuergesetze gebrochen, sondern die Folgen der hier beschriebenen Zustände sind ganz einfach ruinös für die komplette Branche: 10% der mittelständischen Pflanzenölmühlen sind vorübergehend stillgelegt oder bereits in Konkurs gegangen; vor allem Biodieselfraffinerien werden ihre Produktion ins Ausland verlegen. Unter diesen Bedingungen besteht auch nur noch wenig Anreiz, die

Pflanzenölmotorentechnologie weiterzuentwickeln. Vor allem die Investitionen einzelner Landwirte oder auch landwirtschaftlicher Gemeinschaftsanlagen stehen vor dem Aus, obwohl es kaum einen Bereich gibt, in dem regionale Energiekreisläufe besser funktionieren und konsequenter realisiert werden können als in der Landwirtschaft. Allein durch das Engagement landwirtschaftlicher Organisationen wie der Maschinenringe sind im ländlichen Raum in den letzten Jahren 350 dezentrale Ölmühlen (Einzel- und Gemeinschaftsanlagen), ein bundesweites Tankstellennetz und Strukturen zur Vermarktung des Pflanzenöltreibstoffs entstanden – paradoxerweise zum größten Teil kofinanziert aus den EU-Strukturfonds oder mit Bundesmitteln unterstützt durch das Förderprogramm „Biokraftstoffe in der Landwirtschaft“ der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR). Ebenfalls im Auftrag der FNR berät der BDOel im FNR-Auftrag Landwirte in Rheinland-Pfalz und dem Saarland bei der Nutzung von Pflanzenöl und Biodiesel.

Verfassungsbeschwerde als letzter Ausweg

Die Ausführungen unterstreichen sehr deutlich, dass die Steuer wie ein Verbot wirkt. Zahlreiche Branchenvertreter haben sich daher entschieden, als Beschwerdeführer bei einer Verfassungsbeschwerde aufzutreten. Geklagt wird gegen Verstöße des Energiesteuergesetzes gegen Art. 3 GG (Gleichbehandlungsgebot), da Biokraftstoffe gegenüber Mineralöl, Kohle, Flüssig- und Erdgas und Flugzeugtreibstoff benachteiligt werden. Auch gegen die Eigentumsfreiheit aus Art. 14 GG und die Berufsfreiheit aus Art. 12 GG verstoßen die Biokraftstoffgesetze. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes (Vertrauen auf § 2a Abs. 1 Mineralölsteuergesetz) ist ebenfalls verletzt. Vom Gesetzgeber ebenfalls nicht berücksichtigt ist das überragende Allgemeinwohlinteresse an einem funktionierenden Wettbewerb.

Fazit: Die Fortführung der jetzigen Steuertaktik wird dazu führen, dass Pflanzenöl und Biodiesel als Reinkraftstoff nicht mehr eingesetzt werden.

Für den Klimaschutz, für den Erhalt und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, nicht zuletzt aber auch im Sinne der inländischen Versorgungssicherheit sollte die Steuer wenn nicht abgeschafft, so doch in Anlehnung an die Mineralölpreise dynamisch gestaltet werden. Es ist ein Zeichen für die Naivität vieler Politiker, darauf zu vertrauen, dass die Mineralölpreise in den nächsten Jahren steigen und Biokraftstoffe demnach wieder konkurrenzfähiger werden. Sinnvoll wäre auch die steuerliche Begünstigung von biogenen Rohstoffen aus der heimischen Erzeugung gegenüber anderen weltweit gehandelten biogenen Rohstoffen wie Soja- und Palmöl, deren Einsatz nicht zuletzt auch aus ökologischen Gründen bedenklich ist.

Die Folgen der Fortführung der geltenden Energiebesteuerung sind auch gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich sehr viel bedeutender als mit Blick auf „ein paar unzufriedene Bauern und Spediture“

zu vermuten wäre: Mineralölkonzerne erhalten neben dem ohnehin schon bestehenden Oligopol auf dem fossilen Kraftstoffmarkt auch ein Oligopol auf dem Beimischungsmarkt. Wenn die mittelständische Konkurrenz im Reinbiokraftstoffmarkt ruiniert ist – Deutschland ist auf dem besten Wege dahin - und danach die Erdölpreise steigen, kann dieses Oligopol den gesamten Biokraftstoffmarkt übernehmen. Bereits in den letzten Monaten ist verstärkt zu beobachten, dass Mineralölkonzerne versuchen, sich landwirtschaftliche Flächen zur Erzeugung der Biokraftstoffe zu sichern. Das so entstehende Biokraftstoff-Oligopol ist noch weitaus stärker als das im Mineralölmarkt, da zu befürchten ist, dass die Mineralölkonzerne auf diesem Wege weltweit über alle Rohstoffe zur Erzeugung der Biokraftstoffe verfügen werden.

Sicherlich ist dies noch nicht das Ende eines sich dramatisch zuspitzenden Szenarios. Aber last but not least trägt ein solcher Vertrauensbruch, wie er durch die Biokraftstoffbesteuerung bereits eingetreten ist, zur allgemeinen Politik-, ja sogar zur Demokratieverdrossenheit bei, denn offenbar scheitern nachhaltige und gesamtgesellschaftlich befürwortete Konzepte wie der Einsatz von Biokraftstoffen daran, dass der gedankliche Horizont vieler Politiker über eine Legislaturperiode nicht hinaus geht, und es gilt: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

St. Wendel, im April 2007